Als Erweiterung unserer Vorstellungen sehen wir das Manifest der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio, sowie vielen weiteren Unterzeichnenden!

Wir, das Mahnwacheteam von Dornbirn sehen darin eine erweiterte Darlegung unserer Vorstellungen. Wir haben das Manifest auf österreichische Erfordernisse angepasst und schätzen einen starken unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich als wesentliche Säule unserer Demokratie, der gesellschaftlichen Kommunikation und der Kultur. Wir sind von seinen im Staatsvertrag und ORF-Gesetz festgelegten Pflichten, Grundsätzen und dem Programmauftrag überzeugt. Das Vertrauen der Menschen in den ORF als öffentlich-rechtlichen Rundfunk nimmt immer stärker ab. Zweifel an der Ausgewogenheit des Programms wachsen und in weiten Teilen der Bevölkerung werden den Berichten und Aussagen im ORF keinen Glauben mehr geschenkt. Die zunehmende Diskrepanz zwischen Programmauftrag und Umsetzung nehmen wir seit vielen Jahren wahr.

Wir laden nun auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ORF ein, diesem Manifest, zu zustimmen.

Für eine bessere Lesbarkeit verwenden wir überwiegend das generische Maskulinum, wir sprechen explizit alle an.

DER NEUE ÖFFENTLICH - RECHTLICHE RUNDfunk NACH UNSEREN VORSTELLUNGEN

ORF - MANIFEST

für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Österreich

UNSERE GRUNDSÄTZE

- Meinungs- und Informationsvielfalt
- Ausgewogenheit und Fairness
- Transparenz und Unabhängigkeit
- Förderung von Kultur und Bildung
- Bürgerbeteiligung und Verwaltung durch die Beitragszahler
- beitragsfinanziert

Das Prinzip der **Rundfunkbeitragszahlung** wird beibehalten. Es sichert die **Unabhängigkeit** des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Das heißt: öffentlich-rechtliche Anstalten werden von der Bevölkerung finanziert, **aber auch kontrolliert**.

Finanzflüsse sind **transparent und öffentlich einsehbar**. Dies gilt insbesondere für die Budgetverteilung zwischen einzelnen Ressorts, Redaktionen und der Verwaltung. Die Bezahlung aller Mitarbeiter, einschließlich Führungsposten bis hin zur Intendanz, ist transparent und einheitlich nach einem für alle geltenden Tarifvertrag geregelt. Alle lohnunabhängige Zahlungen und Zuwendungen (Diäten, Bonuszahlungen, Abfertigungen, etc.) an die Mitarbeiter sind genauso offen zu legen wie deren Nebeneinkünfte aus allen anderen Tätigkeiten. Die Berichte der Rechnungshöfe sowie die detaillierte Jahresbilanzen sind auf den Plattformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks leicht auffindbar und ohne Zugangsbeschränkungen einsehbar.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk **verzichtet auf Werbeeinnahmen** aller Art, sodass Werbeverträge nicht zu Befangenheit in der Berichterstattung führen können. Das gilt auch für die diversen Benefizveranstaltungen und Spendenaufrufe.

Den **Beitragszahlern** gehört der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk. Ihre ausschließliche **Einbindung in den Kontrollgremien** ist daher selbstverständlich. Diese Arbeit wird angemessen honoriert. Sie schließt die Wahrnehmung eines weiteren Amtes, welches Interessenkonflikte birgt, aus. Die repräsentative Zusammensetzung der Kontrollgremien könnte beispielsweise nach dem Vorbild der Besetzung von Bürgerräten erfolgen. Direkte Wahl, Rotationsprinzip oder Losverfahren sind Möglichkeiten, um die Gesellschaft repräsentativ abzubilden.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk fungiert als **Vierte Säule der Demokratie**. Im Auftrag der Bevölkerung übernimmt er **wichtige Kontrollaufgaben** gegenüber den Gewalten **Exekutive, Legislative und Judikative**. Damit er diesen Auftrag erfüllen kann, ist seine **Unabhängigkeit von Staat, Wirtschaft und Lobbygruppen** garantiert.

Drehtür-Effekte zwischen Politik und dem neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk sind dank mehrjähriger Sperrfristen **ausgeschlossen**; professionelle Distanz ist jederzeit gewährleistet. Jegliche Art von **Interessenskonflikt** wird **angegeben**, wie es auch in wissenschaftlichen Arbeiten üblich ist. Das Führungspersonal ist verpflichtet, jährlich einen öffentlichen **Transparenzbericht** vorzulegen. **Führungspositionen** müssen öffentlich ausgeschrieben sowie nach einem **transparenten Auswahlverfahren** besetzt werden und sind zeitlich limitiert. Eine Vertragsverlängerung ist nur nach Abstimmung durch die direkt unterstellten Mitarbeiter möglich.

Der neue **öffentlich-rechtliche Rundfunk kontrolliert die Politik** und nicht umgekehrt. Die Politik hat keinen Einfluss auf Inhalte. Es wird neutral, multiperspektivisch und zensurfrei im Rahmen des Grundgesetzes berichtet. Politiker und Menschen vom öffentlichen Interesse werden in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen befragt und deren Lösungsvorschläge kommuniziert und dokumentiert sowie eingehend hinterfragt. Aussagen bleiben in vollem Umfang zeitlich unbegrenzt in einem Archiv ohne jegliche Einschränkungen für alle Menschen abrufbar. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

sind verpflichtet, regelmäßig über das Tun und die Arbeit der Politiker, Abgeordneten, Ministern und Ministerien und allen anderen staatlich finanzierten und staatsnahen Institutionen zu berichten, unter Einhaltung der anfangs geforderten Sachlichkeit. Wahlwerbung ist verboten.

Dazu gehört die Verpflichtung, vermeintliche **Wahrheiten immer wieder zu überprüfen**. Für die Berichterstattung bedeutet dies ergebnisoffene und unvoreingenommene Recherche sowie die Präsentation unterschiedlicher Sichtweisen und möglicher Interpretationen.

Das **Publikum** hat einen Anspruch darauf, sich mit einem Sachverhalt auseinandersetzen und **selbstständig eine Meinung bilden** zu können, anstatt eine „eingeordnete“ Sicht präsentiert zu bekommen.

Meldungen von **Nachrichtenagenturen** werden erst und ausschließlich nach **eingehender Überprüfung** übernommen. Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk nimmt seine Verantwortung wahr, Ereignisse jenseits von Agenturmeldungen zu recherchieren und darüber zu berichten. Eine reine Übernahme von Agenturmeldungen ist verboten. Alle Mitarbeiter der öffentlich, rechtlichen Rundfunkanstalten, der/die bewusst falsche Meldungen verbreiten, die Menschen wiederholt desinformieren und somit betrügen, müssen zivilrechtlich und auch strafrechtlich belangt werden können. Die Voraussetzung und gesicherten Möglichkeiten für das eigenverantwortliche Handeln der betroffenen Mitarbeiter muss geschaffen und garantiert werden.

Fairness und respektvoller Umgang im Miteinander stehen im Fokus unseres Handelns, sowohl innerhalb der Funkhäuser als auch mit unserem Publikum. Die Journalisten des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks benutzen kein Framing und verwenden keine abwertenden Formulierungen.

Petitionen und Programmbeschwerden seitens der Gebührenzahler werden vom neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk **ernst genommen und im Original dauerhaft online öffentlich ohne Beschränkungen zugänglich gemacht**. Eine Ombudsstelle entscheidet über deren Einordnung und Umsetzung, welche ebenfalls dauerhaft öffentlich zugänglich sein muss. Inhaltliche Korrekturen der Berichterstattung werden in derselben Sendung zur selben Zeit kommuniziert wie die fehlerhafte Nachricht gesendet wurde. Die Dauer der Korrektur darf die Dauer der fehlerhaften Nachricht nicht unterschreiten.

Zur Darstellung der politischen und gesellschaftlichen Vielfalt gehört **Lokaljournalismus als wesentliches Fundament** des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Auch Themen aus dünn besiedelten Regionen, die vermeintlich nur von lokaler Relevanz sind oder Minderheiten betreffen, müssen sich im Programm spiegeln. Die Entscheidung, auch aus Gegenden fernab von Ballungsgebieten oder Metropolen zu berichten, muss von journalistischem Anspruch geleitet sein und darf sich nicht dem Kostendruck beugen.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk kommt seinem Auftrag in gleichem Maße auch in

Sachen Bildung und Kultur nach. **Bildung und Kultur** haben **substanziellen Anteil** am Programmangebot und werden angemessen budgetiert und personell ausgestattet.

Kultur in ihrer breiten Vielfalt ist ein **wichtiger Baustein** und Ausdruck der demokratischen Gesellschaft. Diese Vielfalt gilt es umfangreich zu präsentieren und dokumentieren. Das betrifft alle Disziplinen wie Musik, Literatur, Theater, Bildende Künste und andere. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den aktiven Förderaspekt gelegt, beispielsweise durch eigene Produktionen sowie die Unterstützung von regionalen Künstlern.

Die **Archive** des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind **frei zugänglich**. Sie sind wesentliche Wissens- und Identitätsspeicher unserer Gesellschaft und somit von großer kultureller und historischer Bedeutung mit immenser Strahlkraft. Aus den Archiven, die er kontinuierlich in breitem Umfang erweitern sollte, kann der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk anhaltend schöpfen und sich und die Gesellschaft damit der Relevanz von Kultur und Bildung versichern.

Die Inhalte der **Archive und Mediatheken** des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind **dauerhaft ohne Zugangsbeschränkungen abrufbar**. Die bereits gesendeten Beiträge und Produktionen stehen zeitlich unbegrenzt zur Verfügung. So kann jederzeit auf das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft zurückgegriffen werden. Dies ist für die öffentliche Meinungsbildung unverzichtbar.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk verfügt über eine von Rundfunkbeiträgen finanzierte, nicht kommerzielle **Internetplattform für Kommunikation und Austausch**. Diese verwendet offene Algorithmen und handelt nicht mit Nutzerdaten. Er setzt in diesem Raum ein Gegengewicht zu den kommerziellen Anbietern, weil ein **zensurfreier und gewaltfreier** Austausch zu den Kernaufgaben des neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört.

Qualitätsjournalismus braucht eine solide Basis. Im neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk arbeiten überwiegend **fest angestellte Journalisten**, damit sie weitestgehend frei von ökonomischen und strukturellen Zwängen sind. Dadurch sind sie unabhängig und ausschließlich dem Pressekodex verpflichtet. Für Recherche steht ausreichend Zeit zur Verfügung. Die individuelle Verantwortung des Redakteurs bzw. Reporters muss gewährleistet sein und nicht zentralistisch von einem Newsroom oder Newsdesk übernommen werden.

Journalistische Autonomie ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung journalistischer Qualität und Meinungsvielfalt. Deshalb wird die Weisungs-Ungebundenheit redaktioneller Tätigkeit im Hinblick auf Themenauswahl, Themengestaltung und Mitteleinsatz nicht nur in Redaktionsstatuten, sondern auch im ORF-Gesetz festgeschrieben.

Outsourcing ist kontraproduktiv. Es verhindert öffentliche Kontrolle und fördert Lohndumping. Die Produktion von Programminhalten, die Bereitstellung von Produktionstechnik und -personal sowie die Bearbeitung von Publikumsrückmeldungen erfolgen deshalb durch den ORF.

Der neue öffentlich-rechtliche Rundfunk steht nicht in Konkurrenz zu den privaten Medien. Daher wird die vorrangige **Bewertung nach Einschaltquoten** bzw. Zugriffszahlen **abgeschafft**.

Die Stabilität unserer Demokratie erfordert einen transparent geführten, neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk als offenen Debattenraum. Zu dessen Eckpfeilern gehören die Unabhängigkeit der Berichterstattung, die Abbildung von Meinungsvielfalt, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der gänzliche Ausschluss von Einflussnahme durch Parteien, Politiker, Vertretern von sogenannten, aber unechten NGO's und Kammern sowie Lobbyisten.

Unsere Stimme und Expertise zur Zukunft des ORF als öffentlich-rechtlichen Rundfunk im gesellschaftlichen Diskurs soll gehört werden!

Mit meiner Unterschrift erkläre ich meine Unterstützung dieses MANIFESTES als Basis für den neuen ORF.